

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Wurde das Steuer herumgeworfen? Eine Umfrage über den Charaktr der wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1951) : Wurde das Steuer herumgeworfen? Eine Umfrage über den Charaktr der wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 31, Iss. 3, pp. 3-7

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131266>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Z E I T G E S P R Ä C H

Wurde das Steuer herumgeworfen?

Eine Umfrage über den Charakter der wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung

Wo liegt die Grenze der marktkonformen Mittel?

Die Frage, ob die wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die von regierungsoffiziöser Seite z. Zt. diskutiert werden, eine Änderung des bisherigen wirtschaftspolitischen Kurses in sich schließen, läßt sich nicht schlicht mit ja oder nein beantworten. Die Antwort hängt davon ab, worin man das Kennzeichnende des bisherigen Kurses sehen will. Prinzipiell hatte man sich bisher auf eine marktkonforme Wirtschaftspolitik festgelegt und damit allen direkten Staatseingriffen eine Absage erteilt. In der Praxis blieben jedoch von vornherein wichtige Wirtschaftszweige ausgenommen. So galten in der Wohnungswirtschaft und für die Kohle nach wie vor staatlich festgelegte Preise. Auch ist der Begriff der marktkonformen Mittel nicht völlig eindeutig, und man konnte sich in den letzten Monaten nicht des Eindrucks erwehren, daß dieser Begriff von den für die deutsche Wirtschaftspolitik Verantwortlichen immer weitherziger ausgelegt wurde. Hält man sich an die praktisch geübte Wirtschaftspolitik und an die weitherzige Deutung des Begriffes „marktkonform“, so kann man, solange wir noch nicht bei einer totalen Bewirtschaftung angelangt sind, mit einem gewissen Recht die Meinung vertreten, es stehe keine Kursänderung bevor, sondern nur eine gewisse Vermehrung der Ausnahmen. Ob und an welcher Stelle die Quantität in die Qualität umschlägt, darüber läßt sich immer streiten.

Sicherlich ist eine Konsumbesteuerung noch marktkonform. Bei einer Verwendungsbeschränkung für Rohstoffe ist das aber schon mehr als zweifelhaft. Auch bei der Sparmarkenaktion, die zunächst ihrem Wesen nach etwas ähnliches

wie eine Konsumbesteuerung zu sein scheint, kann man Bedenken hegen, wenn man sich klar macht, daß ihre technische Durchführung möglicherweise eine Kontrolle der Verteilung der mit Sparmarken bedachten Güter erfordert (besonders dann, wenn die Sparmarken direkt an den Einzelhandel ausgegeben würden). Es könnte sehr wohl sein, daß die behördliche Kontrolle hier nicht weniger scharf sein müßte als bei einer Bewirtschaftung bzw. Rationierung von Gütern (Verhinderung von Schwarzmärkten!). Darüber, daß ein Einfuhrstop im Außenhandel den Marktmechanismus außer Funktion setzt, dürfte überhaupt kein Zweifel bestehen. Ebenso hätte eine verstärkte öffentliche Kapitalbildung zum Zwecke der Ausweitung unserer wirtschaftlichen Engpässe nichts mehr mit dem marktkonformen Prinzip zu tun.

Ob nun die genannten Maßnahmen zur Behebung unserer gegenwärtigen Schwierigkeiten ausreichen werden, ist keineswegs sicher. Der deflatorische Weg, den die Zentralbank eingeschlagen hat, wird auf längere Dauer kaum beschränkt werden können. Ein Preisdruck von der Geldseite her kann unser Außenhandels-Dilemma nur lösen, wenn er so weit getrieben wird,

daß es zu erheblichen Produktionseinschränkungen kommt. Das würde aber neue unheilvolle Probleme heraufbeschwören: Massenarbeitslosigkeit und sinkendes Steueraufkommen. Deshalb wird wahrscheinlich nichts anderes übrig bleiben, als durch direkte Kapital- und Rohstofflenkung unsere Engpaßproduktionen (vor allem auch die Exportindustrie) zu fördern und durch Rationierung den Inlandskonsum zu drosseln.

Man hat nicht den Eindruck, daß auf Grund der jüngsten Erfahrungen die Einsicht unserer westdeutschen Öffentlichkeit nennenswert zugenommen hat, die bisherige dogmatische Festlegung auf marktkonforme Lenkungsmittel sei falsch gewesen. Die Schwerfälligkeit und Verwirrung, die in der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Diskussion sichtbar wird, läßt deutlich erkennen, daß die liberal-dogmatische Zwangsneurose der letzten Jahre noch keineswegs im Abklingen begriffen ist. Deshalb steht zu befürchten, daß unsere Regierung viel zu viel Zeit verlieren wird, um sich zu den erforderlichen Eingriffen durchzuringen, und daß es in der Öffentlichkeit an der erforderlichen Einsicht fehlen wird, weshalb Situationen wie die unsrige nicht ohne Opfer des einzelnen gemeistert werden können. (P. P.)

Marktwirtschaft als Politik des ökonomisch Möglichen

Ein englischer Journalist, Chefkorrespondent der „Daily Mail“, hat kürzlich in einer Würdigung der deutschen Zahlungskrise äußerst scharfe Kritik an unserer „Verschwendungssucht“ geübt. Wir hätten, so schrieb er, unser Geld schnell und großzügig im Ausland ausgegeben und sähen uns nun gezwungen, alle Einfuhren aus den Ländern der Europäischen Zah-

lungunion einzustellen. So werde es in Zukunft in Deutschland keinen französischen Champagner, holländischen Käse, keine britische Schokolade, dänische Butter und auch keine Bananen mehr geben. Des weiteren behauptet dieser britische Beobachter, wir hätten uns, ehe unsere Wirtschaft dazu fähig gewesen sei, daran gemacht, Westeuropa bei „der Liberalisierung des

Handels zu stören", und hätten die Freiheit einer „gerechten Einteilung“ vorgezogen. In äußerster Zuspitzung kommt diese Auslandskritik zu der anscheinend hintergründigen Formulierung, „als Deutsche, das heißt Extremisten“, hätten wir die Freiheit zur Anarchie werden lassen.

Freiheit des Handelns verloren!

Auch wenn man das mehr oder minder getarnte Ressentiment dieses englischen Urteils unberücksichtigt läßt, sollte es prinzipiell unseren Widerspruch herausfordern. Im Grunde geht es bei uns schon gar nicht mehr um die Frage, ob wir gezwungen sein werden, eine prinzipielle Änderung der Wirtschaftspolitik durchzuführen. Zum Teil ist uns die Freiheit der Wahl wirtschaftspolitischer Methoden durch die gewalttätige Störung der Weltverhältnisse als Folge des sich heftig zuspitzenden Ost-West-Konflikts bereits genommen worden. Die in so hohem Maße von der Wirtschaft des Westens abhängig gemachte ökonomische Situation der Bundesrepublik kann sich diesem übermächtigen Druck nicht entziehen. Er wird bestimmt durch die ungeheure Preissteigerung, die von den Weltmärkten ausgeht und durch die gewaltigen strategischen Hortungskäufe vor allem der Vereinigten Staaten anhaltend verstärkt wird. Er ist die Ursache sowohl für die Entstehung der sogenannten Engpässe in fast allen Ländern der westlichen Welt als auch für die kumulativen, also überhasteten Einkäufe beim deutschen Import, der mit einem gewissen Recht äußerste Anstrengungen machte, um sich seinen Anteil zu sichern, bevor die Preise völlig untragbar würden und womöglich die begehrte Ware überhaupt nicht mehr zu haben wäre.

Zwangswirtschaft und Anarchie

Dies als deutsche „Verschwendungs sucht“ zu bezeichnen und gleichzeitig damit die Forderung zur Rückkehr zur Zwangswirtschaft zu empfehlen, charakterisiert sich als eine arge Verkennung solcher Zusammenhänge. Die deutsche Wirtschaftspolitik aber muß sie zweifellos berücksichtigen, wobei es nicht darum geht, das Prinzip der Markt-

wirtschaft als solches aufzugeben, sondern sie als echte Kunst einer Politik des ökonomisch Möglichen zu führen. Unter Voraussetzungen, die bei der Gründung der Europäischen Zahlungsunion noch nicht bestanden, wurde die Liberalisierung im Außenhandel beschlossen. Sie kann auch heute nicht aufgegeben werden, muß sich aber, soweit Zahlungsschwierigkeiten entstanden sind, eine Einschränkung dadurch gefallen lassen, daß die Liste der liberalisierten Güter entsprechend scharf überprüft wird. Ähnliches gilt für die Meisterung von Versorgungskrisen etwa auf dem Gebiete der Metalle, wo bereits die notwendigen Maßregeln getroffen wurden. Wollten wir auch etwa auf dem Gebiete der Ernährungspolitik und der Versorgung mit allgemeinen Konsumgütern wieder nach jenem britischen Vorschlag eine „gerechte Verteilung“ versuchen, so würde gerade das eintreten, was der Chefkorrespondent der Daily Mail „Anarchie“ nennt. Sie hatte bekanntlich kurz vor der Geldreform ihren Höhepunkt erreicht; das, was

in England unter gänzlich andersartigen Voraussetzungen als Ausdruck der wirtschaftlichen Labour-Politik organisch sich hat entwickeln können, die langsame Gewöhnung und Erziehung der Wirtschaft zur bürokratisierten Form, ist nach den Erfahrungen jener Jahre der Zwangswirtschaft bei uns undurchführbar geworden. Der schwarze Markt aller Schattierungen wäre in einem solchen Fall unvermeidlich, und die kaum begonnene Rückziehung der Wirtschaft zu fairem Wettbewerb aufs Neue gefährdet. Uns bleibt nur übrig, durch elastische Anpassung einer Wirtschaftspolitik des Möglichen die von außen aufgezwungenen Erschwerungen zu überwinden, ohne die Grundkonzeption als solche umzustößen. Was not tut, wäre eine straffere Zusammenfassung der Führungsgewalt innerhalb des Kabinetts für die wirtschaftlichen Entscheidungen, vielleicht sogar die Annahme eines Ermächtigungsprinzips, das schnelle Entscheidungen ermöglicht, die freilich ständiger öffentlicher Kontrolle unterworfen werden müßten. (af)

Nur der Frieden kann die Liberalisierung retten

Ist die Liberalisierungskrise Schuld oder Verhängnis? Oder ist sie gar nur eine reparable Panne, wie uns die unverbesserlichen Optimisten glauben machen wollen? Es scheint, daß hier die Skeptiker doch recht behalten werden. Die Entwicklung des ganzen letzten halben Jahres gibt, wenn man sie realistisch betrachtet, wirklich keinen Anlaß zum Optimismus.

Die Schuld unserer Wirtschaftspolitik ist es zweifellos, allzu große Erwartungen auf unsere Vorleistungen in der Liberalisierung gesetzt zu haben. Unsere europäischen Handelspartner haben einseitig den Vorteil daraus gezogen. Das Verhängnis liegt in der Verschärfung der weltpolitischen und dementsprechend auch der weltwirtschaftlichen Situation seit Korea. In einer Welt, die ihr Gepräge in zunehmendem Maße durch politische Einflüsse empfängt, ist für die wirtschaftliche ratio kein Platz mehr. Die Liberalisierung wäre auf die Dauer nur erfolgreich möglich ge-

wesen, wenn sich Im- und Export aller Länder mehr und mehr an rein ökonomischen Gesichtspunkten orientiert hätten. Außenhandelsbeziehungen, die in ständig wachsendem Umfang direkten und indirekten militärischen Zwecken dienen oder ihre Triebkraft von Seiten der politisch induzierten privaten Spekulation (Hortungskäufe und Kapitalflucht) erhalten, können niemals zur Wiederherstellung eines gesunden Gleichgewichts im internationalen Handels- und Zahlungsverkehr führen.

Unausweichliche Konsequenzen

Die verantwortlichen Stellen der Bundesrepublik haben vor diesen unausweichlichen Konsequenzen den Kopf in den Sand gesteckt. Wie wäre es sonst möglich gewesen, daß man noch im Herbst vorigen Jahres, als der Rohstoffboom auf den Weltmärkten bereits die ersten Folgen für die inländische Versorgung zeigte, einer Erweiterung der Liberalisierung zustimmte? Wie wäre es weiter möglich gewesen,

daß man das fieberhaft anschwellende Außenhandelsdefizit entweder mit falschen Medikamenten (Bardepot) oder mit Palliativmitteln (EZU-Kredit) zu heilen suchte? Die damit erzielte Erleichterung konnte nur vorübergehend sein.

Die jüngste Phase unserer Handelspolitik mit ihren vielumstrittenen Maßnahmen Einfuhrstop, Liberalisierungspause, Umbau der Freilisten usw. zeigt deutlich, daß uns das Gesetz des Handelns durch die Entwicklung aufgezwungen wird. Die Liberalisierung hat sich hoffnungslos in einer Sackgasse festgefahren. Wenn die getroffenen Maßnahmen amtlicherseits weiterhin nur als zeitweilige Suspendierung der Liberalisierung angesehen werden, kann damit sehr leicht nur noch mehr Porzellan zerschlagen werden, als ohnehin schon geschehen ist. Weltwirtschaft und Weltpolitik sind nun einmal ein unteilbares Ganzes. Die Liberalisierung hat nur eine Chance, wenn die Politiker endlich wieder friedliche Wege einschlagen. Andernfalls wird die bisherige Liberalisierung über kurz oder lang zu einer historischen Episode werden.

Unmögliche Koordinierung

Alle Versuche, unter grundsätzlicher Beibehaltung einer Liberalisierungstendenz eine Importverlagerung auf lebenswichtige Güter und Rohstoffe zu erreichen, verkennen die Eigengesetzlichkeit des marktwirtschaftlichen Geschehens. Wer im internationalen Austausch diskriminiert, muß mit Gegenmaßnahmen rechnen. Die wenig sinnvolle Unterscheidung von essentials und non-essentials hat sich längst für eine marktwirtschaftliche Ordnung als untragbar erwiesen. Soll sie nun etwa eine Neuauflage erfahren? Hierbei gar an eine gesamteuropäische Koordination zu denken, läßt jeden Wirklichkeitsinn vermissen. Man stelle sich nur

einmal vor, wie beispielsweise der holländische Gartenbau, die französische Parfümindustrie oder die schweizerische Hotellerie, um nur einige besonders exportorientierte non-essentials zu nennen, auf solche Versuche reagieren würden. Die Außenhandelsstruktur der europäischen Staaten macht, jedenfalls was den innereuropäischen Handel anbelangt, jede koordinierte Diskriminierung unmöglich.

Ähnlich sinnwidrig im markt- und weltwirtschaftlichen Sinne scheint uns auch die hinter vielen deutschen Äußerungen erkennbare Er-

wartung zu sein, durch das Zusammenwirken von Exportförderung und nicht mehr marktkonformer Importdrosselung die Schließung der Devisenlücke zu bewerkstelligen. Dieses Verfahren hatte in den dreißiger Jahren den Schlußstrich unter die Auflösung der alten Weltwirtschaft gesetzt. Heute soll es das Prinzip der Liberalisierung retten. Die Prinzipienreiter haben offenbar völlig vergessen, daß der eigentliche Sinn der Liberalisierung die Ausweitung und nicht die Drosselung des innereuropäischen Handels sein sollte. (dt)

Eine zweite Umdrehung der Inflationsschraube . . .

In allen Ländern der westlichen Welt herrscht seit Monaten steigende Inflationsgefahr, ausgelöst durch die bis Ende Januar scharf anziehenden Weltmarktpreise infolge eines allgemeinen Rüstungsbooms, wachsende Staatsausgaben und ungenügende Gegenmaßnahmen der Notenbanken. Zudem ist in zwei Ländern, den USA. und Westdeutschland, eine stark passive Handelsbilanz festzustellen, die dort in Goldabflüssen im Werte von rund 2 Mrd. \$ im Jahre 1950 und hier in einem Ende Februar 1951 auf knapp 2 Mrd. DM angewachsenen EZU.-Passivsaldo zum Ausdruck kommt. Während aber die USA. — volkswirtschaftlich gesehen — sich diese Mehrausgaben im Binnenland auf Kosten der Vermögenssubstanz ohne weiteres erlauben können, ja mit einer gewissen Befriedigung die sich anbahnende währungspolitisch günstige Umschichtung der monetären Goldbestände wahrnehmen, kann Westdeutschland nicht von der Substanz zehren: es muß zur Erlangung seines außenwirtschaftlichen Gleichgewichtes mehr exportieren und weniger importieren, d. h. mehr produzieren und weniger verbrauchen.

Bekanntlich erzeugt man durch steigende Binnenmarktpreise bei einem unveränderten Wechselkurs einen Importanreiz: dieser ist für die USA. - Rüstungswirtschaft erwünscht, für Westdeutschland aber unerwünscht. Bei der allgemeinen Preissteigerung muß darum der Preisanstieg im Bundesgebiet mit Abstand geringer sein, um so — außenwirtschaftlich gesehen — einen deflationistischen Effekt hervorzurufen. Um dieses Ziel zu erreichen, bemüht sich die Bank deutscher Länder seit Oktober u. a. um eine Verknappung der Geldmenge im Verhältnis zur Güterproduktion durch Einschränkung und Verteuerung des Kredites. Aber der außenwirtschaftliche Erfolg trat aus mancherlei Gründen nicht ein, und so mußte der vorläufige Stop der Liberalisierung verfügt werden.

Seit Monaten spricht man von einem Kaufkraftüberhang; die ungedeckte Nachfrage und die Erwartungen weiterer Preissteigerungen führten zu spekulativen Vorratsbildungen, u. a. auch zur mangelnden Brotgetreideablieferung. Hier wurde das Festpreissystem schon seit Wochen stillschweigend übergangen und so die Bundesregierung zu noch ungenügenden Preiser-



VEREINSBANK IN HAMBURG

AUSSENHANDELSBANK

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20-30, TELEFON 34 13 31
TELEGR.-ADR.: VEREINSBANK, FERNSCHREIBER: 021203 UND 021461

höhungen gezwungen, die eine Senkung der Reallöhne um rund 5 bis 8% nach sich ziehen werden. Die Machtstellung der Gewerkschaften und die tatsächliche Preisentwicklung können jedoch Nominal-Lohnsteigerungen bis zu 15% auslösen. Hinzu kommt die seit langem überragende Anpassung der Beamten- und Angestelltengehälter; denn gegenwärtig besteht eine für inflationistische Zeiten typische Einkommenspyramide: relativ hohe Löhne, unzureichende Sozialrenten, wenige z. T. illegal erworbene Spitzeneinkommen Selbständiger, die in keinem Verhältnis zu den gesunkenen Realeinkommen des sogenannten Mittelstandes stehen.

Die Entwicklung der letzten Wochen zeigten einwandfrei, daß die Bundesregierung weder verfassungsmäßig die Macht noch den einheitlichen Willen hat, eine aktive Politik der Kaufkraftentziehung vom Konsumgütermarkt und eine Hinleitung in die Engpaßgebiete durchzuführen. „Austerity“ nach englischem Muster, Zwangssparen oder gebundenes Sparen sind kaum durchführbar in einem Land unmittelbar am eisernen Vorhang, dessen Bewohner ihre Brüder und

Schwestern jenseits dieser Grenze wissen, und die sich so täglich der politischen Spannungen bewußt sind und bei denen die sinnlosen Verzerrungen des Wirtschaftsgefüges durch eine aufgestaute Inflation noch in frischer Erinnerung sind.

Das sich bereits aus den höheren Nominaleinkommen und der Einkommensteuerprogression ergebende wachsende Steueraufkommen wird vermutlich noch durch eine differenzierte Umsatzsteuer weiter erhöht. Ob es aber zur Deckung der gestiegenen Soziallasten und eines Wehrbeitrages ausreichen wird, bleibt abzuwarten. Fest steht nur, daß eine Bundesanleihe zu 5% ohne Zwangsmaßnahmen nie untergebracht werden kann, der Staatshaushalt aber auszugleichen ist. Es gilt auf erhöhter Plattform ein neues Gleichgewicht anzustreben und zu erhalten. Dabei wird eine Abwertung nur erforderlich, wenn unser Binnenlandpreisniveau das des Auslandes übersteigt und der Importsog bestehen bleibt. So drängt alles nach einer starken und organischen Wirtschaftspolitik, in der nicht fünf Köche sich gegenseitig im Würzen und Abschmecken zu übertreffen trachten. (Rp)

höhtes Warenangebot gegenübersteht, da die entsprechenden Einfuhren größtenteils bereits verbraucht sind. Außerdem wird früher oder später ein Beitrag zur Verteidigung zu leisten sein, während sich andererseits die Marshall-Hilfe immer mehr verringert. Schließlich steht Westdeutschland unter dem Zwang, zur Beseitigung seiner Engpässe umfangreiche Investitionen durchzuführen.

Unter diesen Verhältnissen läßt sich der bisherige Lebensstandard Westdeutschlands nicht mehr aufrechterhalten, weder durch fortgesetzte Lohnerhöhungen — um die Senkung der Reallöhne wieder anzugleichen —, noch etwa durch eine Umschichtung der Einkommen, was nur darauf hinauslaufen würde, den Lebensstandard eines Teiles der Bevölkerung zugunsten eines anderen Teiles herabzusetzen. Westdeutschland muß die Tatsache, daß der gegenwärtige Lebensstandard, insgesamt gesehen, nicht länger aufrechtzuerhalten ist, zur Kenntnis nehmen. Dabei ist es für die unbedingt notwendige Angleichung weniger entscheidend, in welcher Form sie geschieht: durch höhere Steuern, durch eine noch stärkere Abschöpfung der Gewinne, durch Kaufkraftumlenkung, durch Einführung des Zwangssparens, durch Rationierungsmaßnahmen, durch ein Auspendellassen der Preise usw. Wichtig ist nur, daß ein erheblicher Teil der laufenden Einkommen in irgendeiner Form abgezweigt und dem Verbrauchsgütermarkt entzogen wird, damit zunächst die Aufbringung des für die notwendigen Investitionen erforderlichen Geldkapitals gesichert ist. Darüber hinaus muß auch, was häufig übersehen wird, für die Aufbringung der für die Investitionen erforderlichen Güter Sorge getragen werden. Selbst wenn unterstellt wird, daß der für 1951 geschätzte Finanzierungsbedarf in Höhe von 9 Milliarden DM (geldkapitalmäßig) aufgebracht werden kann, ist es sehr fraglich, ob auch die für die ausgedehnten Investitionsvorhaben notwendigen Rohstoffe und Güter in ausreichendem Maße erhältlich sind. Denn die umgelenkte Kaufkraft wird zusätzlich auf dem Investitionsgütermarkt erscheinen und die

Voraussetzungen zur Erhaltung des Geldwertes

Je stärker die einzelne Volkswirtschaft von der Weltwirtschaft abhängt oder mit ihr verflochten ist, desto schwieriger wird es für sie sein, sich der allgemeinen inflatorischen Entwicklung zu entziehen. Dies trifft besonders für Westdeutschland zu, das einerseits — infolge der ständigen Preissteigerungen auf dem Weltmarkt — für die Einfuhr der gleichen Gütermenge immer höhere Devisenbeträge aufwenden muß, aber andererseits für seine Exporte, deren Preise weniger stark angezogen haben, im Verhältnis geringere Erlöse erzielt. Hinzu kommt noch, daß die Inlands-erzeugung auf wichtigen Gebieten durch Erreichung der Kapazitätsgrenze nicht mehr in der Lage ist, die Nachfrage auch nur annähernd zu decken. In Erwartung steigender Preise sind Produzenten, Händler und Verbraucher schon seit längerer Zeit dazu übergegangen, sich unter Auflösung von Geldhorten, unter Inanspruchnahme von Krediten und

unter Einsatz aller verfügbaren Geldreserven überdurchschnittliche Vorräte anzulegen. Die auf diese Weise verursachten Knappheitserscheinungen üben einen dauernden Druck auf das Preisniveau aus. Die Verknappung wird noch eine weitere Verschärfung dadurch erfahren, daß der Einfuhrstrom in der nächsten Zeit in seinem bisherigen Umfang nicht aufrechterhalten werden kann. Denn die bescheidenen Devisenvorräte der Bank deutscher Länder sind schon lange aufgezehrt und die Kredite bei der Europäischen Zahlungs-Union voll ausgeschöpft. Zu deren Abdeckung muß Deutschland auf einen Teil aus seiner laufenden Produktion verzichten. Die Devisen, die aus solchen (Nachhol-) Ausfuhren anfallen, dienen der Schuldentilgung. Dagegen werden die sich ergebenden DM-Gegenwerte, die die Exporteure und Produzenten erhalten, im Inland als zusätzliche Kaufkraft in Erscheinung treten, der kein entsprechend er-

bereits bestehende Verknappung noch weiter verschärfen. Gleichzeitig muß die Güter- und Rohstoffbasis für die geplanten Vorhaben geschaffen werden. Dies läßt sich unter den derzeitigen Verhältnissen nur durch Lenkungsmaßnahmen, Verwendungsverbote, Zuteilungsquoten usw. erreichen. Das bedeutet aber, daß außer den bisher zum Einsatz gelangten notenbankpolitische Maßnahmen zu ergreifen sind. Darüber hinaus ist es notwendig, um Störungen von der Lohnseite auszuschalten, die Zustimmung der Gewerkschaften zu erlangen. Nur wenn diese Voraussetzungen erfüllt werden, besteht die Aussicht, eine weitere Geldverschlechterung zu verhindern.

Im Zuge der zu ergreifenden Maßnahmen wird sich ein neues wirtschaftliches Gleichgewicht unter der Einschränkung des Verbrauchs, unter Ausweitung der Investitionen und unter Angleichung der Importe an die Exporte einstellen. Bei dieser Entwicklung wird sich dann herausstellen, ob es gelingt, den Außenwert der D-Mark so weit zu festigen, daß er die internationalen Kaufkraftverhältnisse wirklich widerspiegelt. Sollte das nicht der Fall sein, sollten also die deutsche Bevölkerung und Wirtschaft nicht gewillt sein, weitgehende Beschränkungen auf sich zu nehmen, müßte zwangsläufig eine Abwertung erfolgen, es sei denn, daß man sich entschließt, den Devisenkurs durch Zwangsmaßnahmen künstlich niedrig zu halten. (Gb)

Mangel an Persönlichkeiten

Man hätte meinen sollen, daß nach Beseitigung des Druckes, der infolge Krieg und Totalitarismus auf der freien Entfaltung des Menschen gelastet hatte, sich ein Aufbruch der Persönlichkeit durchsetzen würde. Das war jedoch nicht der Fall. Die wenigen wirklichen Persönlichkeiten, die nach dem Zusammenbruch die politische Bühne betraten, waren Exponenten von Systemen, die einstmals nicht stark genug gewesen waren, die Entwicklung zum Totalitarismus aufzuhalten. Die Grundkonzeption dieser Systeme stammt aus einer Zeit mit völlig anderen wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten. Der innere Widerstand gegen den Totalitarismus hat diese Systeme verhärtet, ihre Anpassung an die veränderten wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten verhindert und die Auflockerung durch Ideen unterdrückt. Während früher die politischen Parteien und die großen wirtschaftlichen Organisationen die Wellen waren, auf denen Persönlichkeiten nach oben getragen wurden, wirken sie heute wie große Menschenmonopole, die den Durchbruch der Persönlichkeit aus Sorge um den Bestand des Systems verhindern. So steht heute System gegen Persönlichkeit.

Diese Erscheinung wirkt sich in einer übermäßigen Konzentration der öffentlichen Funktionen auf einen kleinen Kreis von Personen aus, die deshalb so bedauerlich ist, weil dadurch die Selbstkritik der politischen Träger ausgeschaltet wird. Es wird aber unmöglich sein, den von allen Seiten als lähmend empfundenen Dualismus zu überwinden, wenn nicht an Stelle des Systems wieder die Persönlichkeit tritt, die imstande ist, politische und wirtschaftliche Formen in lebendiger Auseinandersetzung schöpferisch zu gestalten. Es besteht die akute Gefahr, daß der parteipolitische Parlamentarismus zur Farce wird und daß das überwundene staatsautoritäre Regime im parteiautoritären Regime eine verhängnisvolle Neubelebung erfährt.

Ich glaube nicht, daß es objektiv an Ideen und Persönlichkeiten mangelt. Es ist wohl eher so, daß die Disziplin der Systeme die Persönlichkeiten abschreckt und ohnmächtig resignieren läßt. Wenn heute die Vertreter wirtschaftlicher und politischer Systeme unter dem Druck der Verhältnisse gezwungen werden, ihre Richtlinien zu revidieren und Aushilfen zu schaffen, so wird daraus noch keine neue Sozial- und Wirtschaftsordnung geboren, die stark genug wäre, den Dualismus zu überwinden. Es wäre eine Illusion, wenn man meint, in dem sogenannten „wirtschaftlichen Staatsinterventionismus“, der nur ein Zweckkompromiß von privater Initiative und einem Mehr oder Weniger von Staatseingriffen ist, eine neue Ordnungsform sehen zu können. Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten schon viele solcher Notlösungen erlebt, ohne daß sie uns überzeugen konnten. Solange sich die politischen Träger nicht dazu entschließen, ihre Gruppen-Hierarchie aufzugeben und der Persönlichkeit zum Durchbruch zu verhelfen, kann keine schöpferische Leistung, sei es im Sozialen, Politischen oder Wirtschaftlichen, erwartet werden. (sk)

Ausländische Stimmen zu den Pariser Vorbesprechungen

England bleibt skeptisch

Es hat lange gedauert, bis England sich von der Notwendigkeit einer neuen Vierer-Konferenz überzeugen ließ, und auch jetzt, nachdem man sich mit dieser Realität befreundet hat, geschieht es eigentlich nicht in der Hoffnung oder gar Überzeugung, daß ein positives Ergebnis erzielt werden könnte. Die Vier-Mächte-Konferenz zur Erörterung der europäischen Gegensätze zwischen West und Ost erscheint den Engländern vielmehr hauptsächlich deshalb notwendig,

um in der Zukunft auf ein Aktenstück verhältnismäßig jungen Datums verweisen zu können, dessen Inhalt ohne Rücksicht auf seinen Umfang mit den zwei Worten „Moskau Nein“ resümiert werden kann. Die britischen Politiker werden sich zwar zu der kommenden Konferenz reichlich mit den beiden britischen Tugenden Geduld und Objektivität gegenüber dem Verhandlungspartner eindecken. Doch man betrachtet es nicht als Englands Schuld, daß Moskau sich

durch die eigene Rüstung, durch die Unterdrückung und Bewaffnung der osteuropäischen Satelliten und durch die rein militärische Ausrüstung der „Volkspolizei“ in die Rolle des Angeklagten manövriert hat.

Die Haltung der Westmächte für ihre eigenen Völker ist daher unumstritten: Auch wenn wir uns mit Moskau unterhalten, dürfen wir einfach unsere eigene Sicherheit nicht dadurch gefährden, daß wir für die Dauer des Gesprächs die eigene Rüstung unterbrechen. Was